Sitzungsvorlage Nr. X/223
öffentliche Sitzung

Beratungsgang:

Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

17.03.2022

Betreff: **Aufstellung einer Satzung über das Anbringen von Werbeanlagen und Warenautomaten**

FB/Az.: FB II

Produkt: 54/10.001 Bauen und Wohnen

Bezug:

Finanzierung

Höhe der Aufwendung/Auszahlung:

Finanzierung durch Mittel bei Produkt:

Über-/ außerplanmäßige Aufwendung/
Auszahlung in Höhe von:

Finanzierungs-/ Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der verwaltungsseitig erarbeitete erste Entwurf der Satzung über das Anbringen von Werbeanlagen und Warenautomaten wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit juristischer Beratung eine rechtssichere Satzung mit Berücksichtigung der Gegebenheiten in der Gemeinde Rosendahl zu erarbeiten und diese in einer der kommenden Sitzungsfolgen der weiteren Beratung zuzuführen.

Sachverhalt:

Es gibt viele verschiedene Formen von Werbeanlagen, um ihren unterschiedlichen Zweck zu erfüllen. Ausschlaggebender Punkt in Rosendahl für die Aufstellung einer Werbeanlagensatzung ist die Tatsache, dass stetig - mit kurzfristigen zeitlichen Unterbrechungen - Bauanträge für großformatige Werbeanlagen für beliebige Produkte an einem beliebigen Ort (Fremdwerbung) gestellt werden.

Diese Bauanträge können nicht ausreichend im Rahmen des Bauordnungsrechts und mit den Mitteln des vorhandenen Planungsrechts städtebaulich verträglich geregelt werden, wodurch es zu einer schleichenden Verunstaltung des Orts- und Straßenbildes kommen kann.

Aktuell liegt ein Antrag zur Errichtung einer Werbeanlage an der Legdener Straße vor. Im Herbst letzten Jahres wurde ebenfalls ein Bauantrag für die Errichtung einer beleuchteten City-Star-Werbeanlage auf dem Grundstück Breikamp 1 im Ortsteil Darfeld eingereicht. Dieser Bauantrag wurde schlussendlich aber zurückgenommen.

Eine Beratung darüber erfolgte im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 26.08.2021 und Rat am 02.09.2022. Hier wurde dann auch beschlossen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für etwaige Gewerbeflächen einen Entwurf einer Gestaltungssatzung zu erarbeiten.“

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Den Gemeinden steht mit § 89 Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) ein Instrument zur Verfügung, durch Satzung örtliche Bauvorschriften zu erlassen über

1. besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen sowie von Werbeanlagen und Warenautomaten zur Erhaltung und Gestaltung von Ortsbildern,
2. über das Verbot von Werbeanlagen und Warenautomaten aus ortsgestalterischen Gründen,

[...]

Zwischenzeitlich wurde verwaltungsseitig ein erster Entwurf für die Satzung über das Anbringen von Werbeanlagen und Warenautomaten erarbeitet. Dieser ist als **Anlage** beigelegt. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich in diesem Entwurf allerdings nicht nur auf Gewerbeflächen, sondern zunächst über das gesamte Gemeindegebiet. Zu klären ist, wie der Geltungsbereich tatsächlich zu fassen ist bzw. was auch sinnvoll ist.

§ 10 Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) enthält bereits diverse Regelungen zu Werbeanlagen, so z.B. auch, dass Werbeanlagen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile unzulässig sind. Unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. an der Stätte der Leistung) sind sie auch zugelassen.

§ 10 Anlagen der Außenwerbung, Warenautomaten

(1) Anlagen der Außenwerbung (Werbeanlagen) sind alle ortsfesten Einrichtungen, die der Ankündigung oder Anpreisung oder als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf dienen und vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind. Hierzu zählen insbesondere Schilder, Beschriftungen, Bemalungen, Lichtwerbungen, Schaukästen sowie für Zettelanschlüsse und Bogenanschlüsse oder für Lichtwerbung bestimmte Säulen, Tafeln und Flächen.

(2) Für Werbeanlagen, die bauliche Anlagen sind, gelten die in diesem Gesetz an bauliche Anlagen gestellten Anforderungen. Werbeanlagen, die keine baulichen Anlagen sind, dürfen weder bauliche Anlagen noch das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild verunstalten oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährden. Eine Verunstaltung liegt auch vor, wenn durch Werbeanlagen der Ausblick auf begrünte Flächen verdeckt oder die einheitliche Gestaltung und die architektonische Gliederung baulicher Anlagen gestört wird. Der Betrieb von Werbeanlagen darf nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen führen. Die störende Häufung von Werbeanlagen ist unzulässig.

(3) Außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile sind Werbeanlagen unzulässig. Ausgenommen sind, soweit in anderen Vorschriften nichts anderes bestimmt ist,

1. Werbeanlagen an der Stätte der Leistung,

2. einzelne Hinweiszeichen an Verkehrsstraßen und Wegabzweigungen, die im Interesse des Verkehrs auf außerhalb der Ortsdurchfahrten liegende Betriebe oder versteckt liegende Stätten aufmerksam machen,

3. Schilder, die Inhaber und Art gewerblicher Betriebe kennzeichnen (Hinweisschilder), wenn sie vor Ortsdurchfahrten auf einer Tafel zusammengefasst sind,

4. Werbeanlagen an und auf Flugplätzen, Sportanlagen und Versammlungsstätten, soweit sie nicht in die freie Landschaft wirken, und

5. Werbeanlagen auf Ausstellungs- und Messegeländen.

(4) In Kleinsiedlungsgebieten, Dorfgebieten, reinen und allgemeinen Wohngebieten sind Werbeanlagen nur zulässig an der Stätte der Leistung sowie Anlagen für amtliche Mitteilungen und zur Unterrichtung der Bevölkerung über kirchliche, kulturelle, politische, sportliche und ähnliche Veranstaltungen, die jeweils freie Fläche dieser Anlagen darf auch für andere Werbung verwendet werden. In reinen Wohngebieten darf an der Stätte der Leistung nur mit Hinweisschildern geworben werden.

(5) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Warenautomaten entsprechend.

(6) Die Vorschriften dieses Gesetzes sind nicht anzuwenden auf

1. Anschläge und Lichtwerbung an dafür genehmigten Säulen, Tafeln und Flächen,

2. Werbemittel an Zeitungs- und Zeitschriftenverkaufsstellen,

3. Auslagen und Dekorationen in Fenstern und Schaukästen und

4. Wahlwerbung für die Dauer eines Wahlkampfes.

Hier stellt sich die Frage, ob man den Geltungsbereich einer Gestaltungssatzung nur auf bestimmte Bereiche in den Dörfern beschränkt.

Mit Verantwortlichen des Kreises Coesfeld ist bereits über die Absicht der Gemeinde, eine Satzung aufstellen zu wollen, gesprochen worden. Der Kreis Coesfeld hat in diesem Zusammenhang auf besondere Fallstricke und mögliche Schwierigkeiten hingewiesen, die sich auch bei Vorhandensein einer Satzung im Einzelfall ergeben können.

Eine juristische Beratung scheint aus Sicht der Verwaltung unerlässlich, um eine rechtssichere Satzung erzielen zu können. Es sollte zunächst auch über eine Bestandsaufnahme / Ist-Analyse nachgedacht werden.

Schwierigkeiten habe es so z.B. in anderen Kommunen hinsichtlich der beleuchteten Werbeanlagen der großen Supermarkt-Ketten oder auch Tankstellen gegeben. Fraglich ist, ob bzw. wie durch eine Satzung diese Ausnahmen geregelt werden können, ohne sie zu verkomplizieren. Im Entwurf der Satzung ist z.B. vorgeschlagen, Werbeanlagen in grellen Farben nicht zuzulassen. Dies könnte bei den vorgenannten Beispielen von Werbeanlagen Probleme geben.

In der Landesbauordnung in § 62 (BauO NRW) sind auch Werbeanlagen genannt, die unter Umständen verfahrensfrei errichtet werden können, wie:

[...]

12. folgende Werbeanlagen:

a) Werbeanlagen und Hinweiszeichen bis zu einer Größe von 1 m²,

b) Warenautomaten,

c) Werbeanlagen, die nach ihrem Zweck nur vorübergehend für höchstens zwei Monate angebracht werden, außer im Außenbereich,

d) Schilder, die Inhaber und Art gewerblicher Betriebe kennzeichnen (Hinweisschilder), wenn sie vor Ortsdurchfahrten auf einer einzigen Tafel zusammengefasst sind,

e) Werbeanlagen in durch Bebauungsplan festgesetzten Gewerbe-, Industrie- und vergleichbaren Sondergebieten an der Stätte der Leistung mit einer Höhe bis zu 10 m

sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage, [...]

Hier ist zu entscheiden, ob man diese weiterhin verfahrensfrei zulassen möchte.

Schlussendlich stellen sich folgende wesentliche Fragen:

- Inwieweit will man Vorschriften konkretisieren?
- Wie kann Landesrecht (Landesbauordnung) und örtliches Recht in Einklang gebracht werden?

Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, den erarbeiteten ersten Entwurf der Satzung zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Mit juristischer Hilfestellung sollte nunmehr hiervon ausgehend eine sinnvolle, praxisorientierte und vor allem rechtssichere Satzung erarbeitet werden, die auch die besonderen Gegebenheiten in den drei Rosendahler Ortsteilen bestmöglich berücksichtigt. Eine weitere Abstimmung mit dem Kreis Coesfeld ist ebenso unerlässlich.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Kenntnis genommen:

Schlüter
Sachbearbeiterin

Brodkorb
Fachbereichsleiterin

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage: Erster Entwurf einer Satzung über das Anbringen von Werbeanlagen und Warenautomaten